

Foto: Peter Gauweiler, Presse-Service

Früher nannten ihn die Linken den «schwarzen Peter», heute gehört Oskar Lafontaine zu seinen besten Freunden.

Ansichten eines christsozialen Klassikers: Über die Notwendigkeit eines bundesweiten Volksentscheids, die törichten Jungfrauen bei der Griechenland-Hilfe und die Schweiz als konkrete Utopie.

«Das freut die Euro-Retter nicht»

Interview mit Peter Gauweiler

Der britische Premier David Cameron hat einen Volksentscheid über die EU-Zugehörigkeit angekündigt. Die politische Klasse in anderen EU-Staaten, gerade auch in Deutschland, hat entsetzt bis empört reagiert. Wie sehen Sie das?

Was Cameron für Großbritannien versprochen hat, also eine Volksabstimmung über wichtige europapolitische Fragen, ist in Frankreich schon längst

Verfassungslage, und zwar einmütig getragen von den Gaullisten bis zu den Sozialisten. Jede grundlegende Änderung in den EU-Verträgen muss dort dem Volk zur Entscheidung vorgelegt werden, das schließt im Einzelfall auch die Aufnahme neuer Mitgliedsstaaten mit ein. Und in Bayern wird es parallel zur Landtagswahl am 15. September dieses Jahres einen Volksentscheid über eine Änderung der Landesverfassung geben, die dem Volk die Möglichkeit einräumt, die Initiativen der bayrischen

Staatsregierung im Bundesrat festzulegen. Dazu liegt dem Landtag ein fraktionsübergreifender Antrag vor, Drucksache 16/15140, und garantiert so die Zweidrittelmehrheit für eine entsprechende Initiative. In der Begründung heißt es ausdrücklich, dass mit dieser Änderung eine Bindung der Staatsregierung im Wege der Volksgesetzgebung möglich gemacht werden soll.

Wer hat diesen Volksentscheid angestrengt?

Alle Fraktionen des bayrischen Landtags, mit Ausnahme der Grünen.

Eigentlich sind mittlerweile alle Bundestagsparteien für Volksentscheide auch auf Bundesebene, und die bayrische Staatsregierung hat im Dezember 2012 sogar beschlossen, eine Initiative für bundesweite Volksentscheide im Bundesrat einzubringen. Trotzdem geht es nicht vorwärts. Woran liegt das?

Das habe ich auch intern in der CSU kritisiert. Dass die CSU sich jetzt auf bayrischer Ebene auf den Volksentscheid am 15. September geeinigt hat, ist das Ergebnis der Diskussionen. In Bayern tun wir was!

Dabei hat der Bundestag schon ein Ausführungsgesetz für bundesweite Volksentscheide beschlossen, und zwar im Jahr 2002 auf Antrag von Rot-Grün. Zugestimmt haben 348 von 549 Abgeordneten, also eine klare absolute Mehrheit. In Kraft trat das Gesetz dennoch nicht, weil es angeblich um eine Verfassungsänderung ging und dafür eine Zweidrittelmehrheit nötig gewesen wäre. Ganz klar ist das nicht, denn schließlich heißt es in Artikel 20 Absatz 2 des Grundgesetzes, das Volk übe die Staatsgewalt «in Wahlen und Abstimmungen» aus...

Das Bundesverfassungsgericht hat darüber hinaus im Urteil zum Lisbon-Vertrag 2009 festgestellt, dass für jede Verfassungsänderung zur weiteren Kompetenzverlagerung auf die europäische Ebene ein Volksentscheid zwingend vorgeschrieben ist. Was das Ausführungsgesetz aus dem

Jahr 2002 angeht, so denke ich auch, dass das nur mit Zweidrittelmehrheit geht. Aber das sollte angesichts der prinzipiellen Befürwortung aller Parteien für ein solches Gesetz kein Problem sein. Es wird leider aber immer aufgeschoben. Alle spitzen den Mund, aber bisher hat keiner wirklich gepfiffen. Gleichwohl bin ich mir jedoch sicher, dass der bundesweite Volksentscheid im Koalitionsvertrag der nächsten Bundesregierung stehen wird, egal ob diese von der Union oder von der SPD geführt wird.

Gut möglich. Wolfgang Schäuble favorisiert ja schon seit einiger Zeit einen Volksentscheid, um alle wichtigen Kompetenzrechte von Deutschland auf die EU zu übertragen. In diesem Fall wäre der Volksentscheid aber doch ein Instrument nicht zur Ausweitung, sondern zur Abschaffung der Demokratie, oder?

Das kann man so nicht sagen. Immerhin setzt sich Wolfgang Schäuble dafür ein, dass derart weitreichende Entscheidungen ohne Verfassungsänderung eben nicht möglich sein sollen.

In Italien haben die «Clowns» bei den jüngsten Wahlen gewonnen, behauptet SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück. Stimmen Sie ihm zu?

Nein. Gewonnen haben mit 55 Prozent die Eurokritischen Parteien. So richtig unverständlich ist das nicht. Die wichtigste Erkenntnis der italienischen Wahl für uns sollte sein, dass nur einer von zehn Wählern den Euro-Kurs des bisherigen Premiers *Mario Monti* unterstützt hat. Das freut natürlich die Euro-Retter bei uns und anderswo überhaupt nicht, aber das Votum des Volkes ist eindeutig.

Können solche Wahlergebnisse wie jetzt in Italien Europa zum Kippen bringen? «Scheitert der Euro, scheitert Europa», hat die Kanzlerin postuliert.

Natürlich nicht. Die europäische Halbinsel als kulturelle Einheit kommuniziert intern seit über 2000 Jahren, das hat mit der gerade aktuellen Währung nichts zu tun. Zu meiner

Zeit hat man das Einheitssymbol des europäischen Abendlandes nicht in der Münze, sondern im Kreuz gesehen. Es war ja schon bezeichnend, dass der Bezug auf Gott im Entwurf zur Europäischen Verfassung keinen Platz mehr hatte.

Das Christentum lehrt die Nächstenliebe. Der Heilige Martin teilte seinen Mantel mit dem Schwert und gab die Hälfte davon einem Bettler. Müsste Deutschland nicht in diesem christlichen Geist als barmherziger Euro-Retter Griechenland zu Hilfe kommen?

Ja. Aber vergessen Sie nicht: Niemand würde sich an den barmherzigen Samariter erinnern, wenn er kein Geld gehabt hätte. Uns kann es nicht gut gehen, wenn unser Nachbar leidet. Aber was bisher als Euro-Hilfe an Griechenland oder an andere Staaten geleistet wurde, ist ungefähr so, als würde man einem Zuckerkranken eine Tafel Schokolade schenken. Und es gibt ja auch Jesu Gleichnis von den fünf klugen und den fünf törichten Jungfrauen.

Wo ist der Zusammenhang zur Euro-Krise?

Die törichten Jungfrauen hatten keine Vorkehrungen getroffen und standen ohne Öl da, als der Bräutigam kam. Die klugen Jungfrauen dagegen hatten ihr Öl aufbewahrt, um es zur rechten Zeit einzusetzen. Als der Bräutigam schließlich mitten in der Nacht erscheint, heißt es bei *Matthäus*: «Die törichten aber sagten zu den klugen: Gebt uns von eurem Öl, sonst gehen unsere Lampen aus. Die klugen erwiderten ihnen: Dann reicht es weder für uns noch für euch.» Ein bisschen gilt das auch für die Euro-Rettung. Der deutsche Steuerzahler kann nicht die Risiken aller Defizitländer tragen, und Griechenland wird sich – wenn die aktuelle Verblendung überwunden ist – nur so retten, wie sein Nachbarstaat Türkei in den 1990er Jahren seine Staatspleite gelöst hat. Die Türken hatten damals ihre alte politische Klasse radikal verabschiedet und eine neue Regierung ans Ruder gebracht. Die hat die türkische Lira radikal abgewertet und die Preise si-

Anzeige



KAPITAL SICHERN.DE

ECHTE WERTE

- Gold und Silber als Münzen und Barren
- Strategische Metalle & Seltene Erden
- Einzigartiger Goldsparplan
- LV - Kündigung
- Beratung

www.KapitalSichern.de
Info@KapitalSichern.de
Telefon 07955 476583

gnifikant gesenkt, wodurch die Wirtschaft konkurrenzfähiger wurde, sowohl im Tourismus wie im Export. Dies alles verbunden mit einem breiten Investitionsprogramm, damit es wieder aufwärts ging. Heute ist die Türkei kein Pleiteland mehr, sondern boomt mit zweistelligen Zuwachsraten. Die Griechen können das auch schaffen. Wenn ich ein griechischer Politiker wäre, würde ich mich dafür einsetzen, freiwillig aus dem Euro auszuscheiden, aber im Solidarverbund der EU bleiben zu können. Der Euro war als Wohltat gemeint. Er ist aber zur Plage geworden.

Sie sind aber kein griechischer Politiker, sondern ein deutscher...

Als solcher setze mich für eine Änderung des Lissabon-Vertrages ein, die Griechenland zugutekommen würde: Ein Staat soll auch dann in der Europäischen Union bleiben können, wenn er den Euro aufgibt. Das ist von der gegenwärtigen Vertragslage her untersagt. Wir müssen das ändern. Der letzte CSU-Parteitag hat diese meine Forderung einstimmig übernommen.

Sie streiten seit vielen Jahren gegen den europäischen Superstaat und haben immer wieder vor dem Bundesverfassungsgericht Teilsiege errungen, zuletzt in der Frage des permanenten Rettungsschirmes ESM. Karlsruhe hat die deutsche Haftungssumme auf 190 Milliarden Euro gedeckelt, der Bundestag muss immer mitentscheiden. Allerdings ist dieser Teil- doch eher ein Pyrrhussieg, solange die Bundestagsmehrheit der Regierung folgt. Parteienoligarchie schlägt Volkssouveränität, oder?

Zunächst einmal war das Urteil sehr wichtig: Die Haftungshöhe des ESM wäre ohne das Eingreifen des Bundesverfassungsgerichts unbegrenzt gewesen und hätte im Prinzip ins Unermessliche gehen können. Natürlich ist die im Urteil festgelegte



Foto: Peter Gauweiler

Gauweiler mit Christian Wulff und dem CDU-Bundestagsabgeordneten Ruprecht Polenz.

Höchstsumme von 190 Milliarden Euro immer noch eine extreme Zahl, keine Frage. Das Problem mit der Parteiendominanz, das sie ansprechen, ist ein grundsätzliches. Immerhin sind Abgeordnete laut Artikel 38 des Grundgesetzes nur ihrem Gewissen unterworfen, nicht der Fraktionsdisziplin. Dieser Artikel ist wie die Zehn Gebote. Trotzdem sieht die Realität anders aus, das wissen wir alle. Dies zu ändern bedarf eines langen evolutionären Prozesses.

Eines Prozesses – auf welches Ziel hin? Sie sprachen einmal von der Notwendigkeit der «Verschweigerung» Europas? Ist die Demokratie der Eidgenossen Ihr Vorbild?

Europa als «Schweiz der Welt», das war schon die Vision des Publizisten Sebastian Haffner. Europa als Eidgenossenschaft. Wenig Macht für die Zentrale, kantonale Selbständigkeit, Balance von globaler Einbindung und örtlicher Autarkie, ein permanentes Korrektiv zur Konsensherrschaft der Parteien durch Volksentscheide. Und

die Schweiz demonstriert doch auch, dass es nicht auf die Größe des Territoriums ankommt, sondern darauf, was man damit macht. Das Megapolitisch-Unsympathische der Europäischen Union wäre durch eine Verschweigerung sofort aufgelöst.

Eine schöne und wichtige Vision! Aber, Hand aufs Herz, haben Sie noch Hoffnung, dass Sie die Union auf diesem Weg unterstützt? Die CDU passt sich in jeder Frage an den Zeitgeist an, und die CSU zieht kurze Zeit später nach. Sind alle Messen gesungen?

Die Union ist eine bürgerliche Kraft, und das Bürgertum ist seiner Natur nach anpassungsbereit. Bürgerlichkeit und Fundamentalismus schließen sich nun einmal aus. Die CDU reagiert flatterhaft auf Veränderungen und Stimmungen von überall her. Ihr Violine Schlüssel ist ein bisschen angekratzt, aber immer noch da. Die CSU hat es da besser, weil sie nur auf Bayern

bezogen ist und sich nicht nach den Stimmungen im Gesamtstaat richten muss. Das gibt ihr Widerstandskraft, und deswegen ist sie in dieser Situation so wichtig. Gerade in den aktuellen gesellschaftspolitischen Debatten demonstriert sie doch Treue zu ihren Prinzipien und christlichen Werten.

Mit den «aktuellen gesellschaftspolitischen Debatten» meinen Sie die Frage der Homo-Ehe und der Regel-Adoption für Homosexuelle?

Durchaus. Aber nicht nur. Immerhin haben CDU und CSU dazu nicht geschwiegen, obwohl da Schweigen ja sehr verführerisch ist, weil man es als Zustimmung werten kann. Bundeskanzlerin Merkel hat eine Klärung innerhalb von zehn Tagen versprochen. Und die hat es gegeben.

● Peter Gauweiler (*1949) wurde mit 23 Stadtrat, mit 37 Innenstaatssekretär und mit 41 bayerischer Umweltminister. Seit 2002 wurde er dreimal direkt in den Bundestag gewählt. Gauweiler ist evangelisch, verheiratet und Vater von vier Kindern. Interview: J.E.